Herresbach

Sitzung-Nr.: 035/OGR/005/2016

**Niederschrift
zur öffentlichen Sitzung des Ortsgemeinderates**

Gremium: Ortsgemeinderat	Sitzung am Mittwoch, 10.02.2016
Sitzungsort: im Gemeindehaus	Sitzungsdauer von 19.00 Uhr bis 21.15 Uhr

Anwesend sind:

Ortsbürgermeister

Schäfer, Hermann-Josef

1. Beigeordnete

Görgen, Albert

Ratsmitglieder

Bürger, Achim
Pung, Thomas
Retterath, Bernhard
Retterath, Gottfried
Schomisch, Josef
Wagner, Bernhard
Wagner, Eugen

Schriftführer

Hermann, Markus

Weiterhin ist anwesend:

Bürgermeister Heilmann, Gerd

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht mit Schreiben vom 29.01.2016 unter schriftlicher Mitteilung der Tagesordnung, eingeladen wurde.

Die öffentliche Bekanntmachung erfolgte im Mitteilungsblatt der Verbandsgemeinde Vordereifel, Ausgabe-Nr. 05/2016 vom 05.02.2016.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit des Gremiums nach § 39 GemO gegeben ist.

Änderungen zur Reihenfolge der Tagesordnung werden nicht beschlossen.
Ergänzungen der Tagesordnung (*bei Dringlichkeit iSv § 34 Abs. 7 iVm § 34 Abs. 3 S. 2 GemO*) oder Absetzungen von Beratungsgegenständen (§ 34 Abs. 7 GemO) werden nicht beschlossen.

T A G E S O R D N U N G :

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerantrag des Bürgervotums "Straßenbeleuchtung" gegen die Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung im Ortsteil Döttingen
 - Beschluss über die Feststellung der Zulässigkeit des Antrages
 - Anhörung der vertretungsberechtigten Personen
 - Beschluss über die Entscheidung in der SacheVorlage: 035/010/2016
2. Abschluss einer Vereinbarung mit der Kindertagesstätten gGmbH zur Umsetzung der Sparbeschlüsse des Bistums Trier ab 2017
Vorlage: 035/009/2015
3. Mitteilungen
4. Einwohnerfragestunde

Es wird wie folgt beraten und beschlossen:

- 1 Einwohnerantrag des Bürgervotums "Straßenbeleuchtung" gegen die Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung im Ortsteil Döttingen**
 - Beschluss über die Feststellung der Zulässigkeit des Antrages**
 - Anhörung der vertretungsberechtigten Personen**
 - Beschluss über die Entscheidung in der Sache****Vorlage: 035/010/2016**
-

1. Feststellung der Zulässigkeit des Antrages

Der Einwohnerantrag des Bürgervotums „Straßenbeleuchtung“ in der Ortsgemeinde Herresbach, Ortsteil Döttingen, vom 22. Mai 2015 ist am 25. Mai 2015 beim Ortsbürgermeister eingegangen.

Der Einwohnerantrag lautet inhaltlich wie folgt:

Über 55 % der wahlberechtigten Bürger von Döttingen sind mit der Abschaltung der Straßenbeleuchtung an den Wochentagen zwischen 24:00 Uhr und 05:00 Uhr nicht einverstanden und fordern die altbewährte Regelung, ohne Ausnahmen und Einschränkung, wieder einzuführen.

Der Antrag sowie die Begründung sind als Anlage 1 der Beschlussvorlage beigelegt.

Nach § 17 GemO können die Bürger und Einwohner, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, beantragen, dass der Gemeinderat über bestimmte Angelegenheiten der örtlichen Selbstverwaltung, für deren Entscheidung er zuständig ist, berät und entscheidet. Der Einwohnerantrag ist damit ein Mittel, eine Angelegenheit auf die Tagesordnung einer Gemeinderatssitzung zu bringen.

1.1 Materielle Voraussetzungen

Ein Einwohnerantrag ist nur zulässig in Angelegenheiten der örtlichen Selbstverwaltung, für die eine sachliche Beschlussfassungskompetenz des Ortsgemeinderates besteht. Die Straßenbeleuchtung ist eine gemeindliche Aufgabe der Daseinsvorsorge nach § 2 der Gemeindeordnung. Es handelt sich um eine örtliche Selbstverwaltungsaufgabe (§ 2 Abs. 1 GemO). Die Wahrnehmung der Aufgabe der Straßenbeleuchtung unterfällt der Organkompetenz des Ortsgemeinderates, der somit für die zu treffenden Entscheidungen sachlich zuständig ist (§ 32 Abs. 1 GemO). Festzustellen ist, dass der Einwohnerantrag auf eine bestimmte Angelegenheit der örtlichen Selbstverwaltung bezogen ist, für die der Ortsgemeinderat zuständig ist. Er enthält ein bestimmtes Begehren.

Somit ist die materielle Zulässigkeit gegeben.

1.2 Formelle Voraussetzungen

Über die Zulässigkeit des Einwohnerantrages entscheidet nach § 17 Abs. 6 GemO der Ortsgemeinderat. Voraussetzungen für die Zulässigkeit sind, dass

1. der Antrag schriftlich formuliert ist,
2. mindestens eine, jedoch höchstens drei, Personen benannt sind, die den Antrag vertreten,
3. der Antrag hinreichend bestimmt ist,
4. das Unterschriftenquorum erfüllt ist,
5. die Unterschriftenlisten den Wortlaut des Einwohnerantrages enthalten,
6. nicht in derselben Angelegenheit innerhalb der laufenden Wahlzeit des Gemeinderates bereits über einen Einwohnerantrag entschieden worden ist.

Nach Prüfung dieser Zulässigkeitsvoraussetzung stellt der Ortsgemeinderat fest, dass der Einwohnerantrag zulässig ist, weil alle Zulässigkeitsvoraussetzungen erfüllt sind:

1. Der Antrag ist schriftlich in deutscher Sprache abgefasst und beim Ortsbürgermeister am 25. Mai 2015 eingegangen. Somit ist die Schriftform gewahrt.

2. Auf dem Antrag sind drei Vertreter benannt, die die Unterzeichner des Antrages vertreten. Damit ist diese Voraussetzung erfüllt.
3. Das Erfordernis der inhaltlichen Bestimmtheit des Antrages ist gegeben, da der Ortsgemeinderat aufgefordert wird, die durchgehende Beleuchtung der Straßenbeleuchtung wochentags ohne Abschaltung zwischen 24:00 Uhr und 05:00 Uhr umgehend wieder einzurichten. Damit ist klar erkennbar, worüber der Ortsgemeinderat entscheiden soll.
4. Der Antrag muss von mindestens 5 v. H. der Antragsberechtigten unterzeichnet sein. Die Zahl der für einen Einwohnerantrag erforderlichen Unterstützungsunterschriften beträgt in Ortsgemeinden bis zu 3.000 Einwohnern 5 % der Einwohner, höchstens jedoch 120. Die Ortsgemeinde Herresbach hat zurzeit 500 Einwohner. Zu bemessen des Quorums wurde eine Einwohnerzahl von 500 zugrunde gelegt. Demnach waren mindestens 25 Unterstützungsunterschriften erforderlich. Die Prüfung der eingereichten Unterschriftenlisten erfolgte durch das Meldeamt der Verbandsgemeindeverwaltung. Die Auswertung ergab 77 gültige Unterstützungsunterschriften. Das erforderliche Quorum ist damit erreicht.
5. Der Wortlaut des Antrages befindet sich auf den Unterschriftenlisten.
6. Innerhalb der laufenden Wahlperiode des Gemeinderates ist kein zulässiger Antrag in derselben Angelegenheit gestellt worden.

Zulässigkeit des Einwohnerantrages

Der Ortsgemeinderat stellt fest, dass die materiellen und formellen Zulässigkeitsvoraussetzungen erfüllt sind und beschließt die Zulassung des Einwohnerantrages vom 22. Mai 2015.

Abstimmungsergebnis: -einstimmig-

2. Anhörung der Vertreter des Einwohnerantrages

Der Ortsgemeinderat hat nach § 17 Abs. 2 GemO die im Einwohnerantrag genannten Personen zu hören. Den Vertretern des Einwohnerantrages ist Gelegenheit zu geben, den Antrag in der öffentlichen Ratssitzung zu erläutern.

Vertreter des Antrages sind:

Diana Ackermann, Bernd Heimermann, Ferdinand Jung.

Bernd Heimermann erläutert, dass die Bürger der Ortsgemeinde Herresbach erstmalig über das Mitteilungsblatt der Verbandsgemeinde Vordereifel Kenntnis von der Abschaltung der Straßenbeleuchtung in der Zeit von 24.00 Uhr bis 5.00 Uhr erhalten haben.

Hierüber sind die Bürger Döttingens verärgert und können diese Entscheidung nicht akzeptieren.

Die Straßenbeleuchtung ist ein wichtiges Element für das Sicherheitsgefühl der Bürger. Die unterzeichneten Bürger sehen eine zu Nachtzeiten beleuchtete Wohnstraße als besonders wichtig an und sehen dies als eine Aufgabe der Daseinsvorsorge einer Gemeinde.

Ferdinand Jung führt aus, dass aufgrund von Messungen innerhalb der OD Döttingen erhebliche Geschwindigkeitsüberschreitungen festgestellt wurden. Weiterhin weist er darauf hin, dass die Enge im Bereich der Verkehrsinseln ein immenses Gefahrenpotential darstellt. Dieses erhöht sich gerade durch die nächtlichen Geschwindigkeitsüberschreitungen und die fehlende Beleuchtung. Die Abschaltung der Straßenbeleuchtung führt zu einem Unwohlsein der älteren Bürger.

Diana Ackermann weist auf die Beeinträchtigungen für den Tourismus hin. Döttingen hat ein ganzjährig hohes Aufkommen an Übernachtungen. Von Gästen wird die Nachtabschaltung als unangenehm empfunden. Dies stellt nach ihrer Ansicht keine gute Werbung für die Gemeinde Herresbach und den Tourismus in der Verbandsgemeinde dar.

Im Anschluss an die Anhörung der Vertreter des Einwohnerantrages führt Ortsbürgermeister Schäfer aus, dass die Ortsgemeinde Herresbach zu den finanzschwachen Kommunen zählt. Das Gemeindeprüfungsamt des Landkreises Mayen-Koblenz hat in seiner letzten Prüfungsmitteilung ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich die Ortsgemeinden mit der Umsetzung von Kostenreduzierungen im Bereich der Straßenbeleuchtung intensiv auseinanderzusetzen haben.

Mit der Nachtabschaltung setzt die Gemeinde eine Sparmöglichkeit um, die für den einzelnen Bürger keinerlei materielle Belastung (finanzielle) nach sich zieht. Weiterhin wird mit der Nachtabschaltung und der hiermit verbundenen Reduzierung der CO₂-Emissionen ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz geleistet.

Mit dem kommunalen Investitionsprogramm 3.0 wird der Ortsgemeinde Herresbach eine weitere Möglichkeit der Kostenersparnis und der Energieeffizienz geboten. Der Förderantrag für das KI 3.0 sieht die Umrüstung von 44 Lampenköpfen auf LED-Technik (mit Nachtabsenkung) vor. Die Kosten von rd. 19.280 Eur werden zu 90% gefördert. Mit einer Bewilligung der Fördermittel ist bis zur Mitte des Jahres zu rechnen.

Das Ratsmitglied Eugen Wagner, zugleich Vorsitzender der Jagdgenossenschaft Herresbach, informiert, dass die Jagdgenossenschaft im Jahr 2013 den Beschluss gefasst hat, jährlich 10.000 Eur als Rückstellung für die Sanierung der Straßenbeleuchtung einzustellen. Mit diesem Geld sollen die restlichen Straßenlampen auf LED-Technik umgerüstet werden.

Im Anschluss nehmen die Ratsmitglieder und Bürgermeister Gerd Heilmann zu dem Einwohnerantrag und den Gründen für die beschlossene Nachtabschaltung Stellung.

Abschließend gibt Ortsbürgermeister Schäfer den Hinweis, dass, sobald die Umrüstung in diesem Jahr abgeschlossen ist, man sich ganz entspannt über einen Dauerbetrieb der Straßenbeleuchtung unterhalten kann.

3. Entscheidung und Beschlussfassung in der Sache

Die Entscheidungskompetenz in der hier anstehenden Sache verbleibt uneingeschränkt beim Ortsgemeinderat, d. h., er kann entsprechend dem Inhalt des Einwohnerantrages einen Beschluss fassen oder eine Beschlussfassung im Sinne des Einwohnerantrages ablehnen.

Die Entscheidung des Ortsgemeinderates ist mit den tragenden wesentlichen Gründen durch den Ortsbürgermeister im Mitteilungsblatt öffentlich bekanntzumachen.

Entscheidung in der Sache

Der Ortsgemeinderat lehnt den Einwohnerantrag vom 22. Mai 2015 in vollem Umfange ab und beschließt die Beibehaltung der Abschaltung der Straßenbeleuchtung in der Zeit von 24.00 Uhr – 5.00 Uhr.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme

2 Abschluss einer Vereinbarung mit der Kindertagesstätten gGmbH zur Umsetzung der Sparbeschlüsse des Bistums Trier ab 2017

Vorlage: 035/009/2015

Durch die Sparbeschlüsse des Bistums Trier aus dem Jahr 2004 sind ab 2008 im Bereich der katholischen Kindertagesstätten 22 % der Personal- und Sachkostenzuschüsse auf der Grundlage des Jahres 2003 eingespart worden.

Aufgrund der Sparbeschlüsse aus dem Jahr 2012 soll das Budget der katholischen Kindertagesstätten im Bistum Trier ab dem Jahr 2017 um weitere rund 2 Mio. Euro gekürzt werden.

Für die katholischen Kindertagesstätten Baar-Wanderath, Ettringen, Kottenheim und Langenfeld bedeutet das insgesamt eine Absenkung der Beteiligung des Bistums Trier um 23.137,16 €. Bricht man diesen Betrag runter auf eine Gruppe, so ergibt sich ein Betrag von 1.542,48 €.

Die KiTa gGmbH Koblenz erwartet als Betriebsträger dieser Einrichtungen, dass die Ortsgemeinden Acht, Arft, Baar, Ettringen, Herresbach, Kottenheim, Langenfeld, Langscheid, Siebenbach und Welschenbach aus der Verbandsgemeinde Vordereifel sowie Kaltenborn, Meuspath und Nürburg aus der Verbandsgemeinde Adenau, diesen Betrag ausgleichen. Die KiTa gGmbH hat ihre Position in einem Gespräch am 12.10.2015, zu dem alle Ortsbürgermeister der vorgenannten Ortsgemeinden eingeladen waren, erläutert.

Grundlage für die Festlegung der jährlichen Ausgleichsleistung soll das Ausgangsbudget des Bistums Trier für 2003 sein (Ausgangsbudget = Personal- und Sachkostenzuschüsse des Bistums aus dem Jahr 2003, abzüglich 22 % und ab 2017 abzüglich 23.137,16 €).

Die ab dem Jahr 2017 zu leistende jährliche Ausgleichszahlung der Ortsgemeinden entspricht der Differenz zwischen den IST-Aufwendungen der KiTa gGmbH im jeweiligen Kalenderjahr und dem für das betreffende Jahr fortgeschriebene Budget des Bistums Trier aus dem Jahr 2003, das der KiTa gGmbH im jeweiligen Kalenderjahr zur Verfügung gestellt wird.

Die KiTa gGmbH Koblenz schlägt vor, für die Kindertagesstätten Baar-Wanderath, Ettringen, Kottenheim und Langenfeld ein Gesamtbudget zu bilden, wodurch ein flexibles Handeln ermöglicht wird und was außerdem wirtschaftliche Vorteile hat. Zudem könnten die Mittel des Bistums besser eingesetzt werden, so die Argumentation der KiTa gGmbH.

Dieses Gesamtbudget soll jedoch nicht dazu führen, dass evt. Budgetüberschreitungen bei einzelnen Kindertagesstätten von allen beteiligten Ortsgemeinden aufgefangen werden. Budgetüberschreitungen sollen nur von den Ortsgemeinden, die zum Einzugsbereich der jeweiligen Kindertagesstätte gehören, reguliert werden.

Die KiTa gGmbH räumt den Kommunen aufgrund der Zahlungsverpflichtung, die durch den Abschluss einer gemeinsamen Vereinbarung festgelegt werden soll, ein Mitspracherecht bei allen strukturellen Veränderungen in den Kindertagesstätten ein, wenn dies für die Kommunen mit zusätzlichen finanziellen Verpflichtungen verbunden ist.

Da ein generelles Mitspracherecht aufgrund der finanziellen Beteiligung der Ortsgemeinden an den Aufwendungen für den Betrieb der Katholischen Kindertagesstätten nicht vorgesehen ist, hat am 18.12.2015 ein weiteres Gespräch zwischen Vertretern der KiTa gGmbH sowie den Verbandsgemeindeverwaltungen Adenau und Vordereifel stattgefunden.

Gegenstand dieses Gespräches war die Frage, in welchem Umfang die Kommunen aufgrund ihres finanziellen Engagements an Entscheidungen, welche die katholischen Kindertagesstätten betreffen, mitwirken können.

Insbesondere war an ein Mitwirkungsrecht bei der Besetzung der Stelle der Leitung einer Kindertagesstätte gedacht, weil die Leitung die Kindertagesstätte nach außen vertritt und damit auch in der Öffentlichkeit eine gewisse Präsenz entfaltet. (Ein ähnliches Verfahren gilt auch bei der Besetzung von Schulleiterstellen, wo das Schulgesetz das Benehmen des Schulträgers vorsieht).

Die Vertreter der KiTa gGmbH machten deutlich, dass sie keine Partizipation schriftlich vereinbaren möchten. Das passe nicht in das Bild eines freien Trägers. Der freien Trägerschaft sei es eigen, Entscheidungen selbständig treffen zu können. Zudem komme es bei der Kita gGmbH mittlerweile häufig vor, dass derartige Personalentscheidungen sehr schnell getroffen werden müssen und formelle Beteiligungen zu Lasten der Flexibilität gehen würden. Darüber hinaus wurde die Befürchtung geäußert, dass eine Beteiligungsregelung auch von anderen Vertragspartnern eingefordert werden könnte.

Man hat in dem Gespräch am 18.12.2015 jedoch zugesagt, bei der Besetzung der Leitungsstellen einen Vertreter der kommunalen Seite zu den Auswahlgesprächen einzuladen, um damit eine Einbindung in den Entscheidungsprozess zu ermöglichen.

Einer ausdrücklichen Regelung von Beteiligungsmöglichkeiten in einer Vereinbarung werde man hingegen nicht zustimmen.

Die Entwicklung, dass die Katholische Kirche ihre finanzielle Beteiligung tendenziell zurückführt, wird durch die neuerliche Sparmaßnahme fortgesetzt. Die verbleibende Beteiligung an den Personalkosten, die Beteiligung an Investitionskosten in Höhe von 35 % und die Finanzierung der Kosten für die Verwaltung der Kindertagesstätten durch die KiTa gGmbH sprechen dennoch für eine Fortsetzung des gegenwärtigen Konstrukts.

Auswirkungen

Kommt die in der Anlage als Entwurf beigefügte Vereinbarung nicht zustande, so wird die KiTa gGmbH von einer Fortführung der Betriebsträgerschaft Abstand nehmen, weil für sie die Finanzierung der betroffenen Kindertagesstätte nicht mehr sichergestellt ist.

Findet sich kein freier Träger, so obliegt diese Aufgabe den Gemeinden als Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung (vgl. § 10 Abs. 2 Kindertagesstättengesetz).

D. h. für den Fall, dass die beigefügte Vereinbarung nicht abgeschlossen wird, steht die Überlegung an, die Kindertagesstätte in kommunaler Trägerschaft weiter zu führen.

Da diese Konstellation nicht ausgeschlossen werden kann, bittet die KiTa gGmbH die Ortsgemeinden, bis Ende Januar 2016 über die vorliegende Vereinbarung zu beraten und Beschluss zu fassen.

Gelingt der Abschluss der Vereinbarung nicht, braucht man die Zeit bis 2017 um einen Übergang der Trägerschaft herbeizuführen. Hierzu wären Fragen des Nutzungsrechtes / Eigentums des Gebäudes, der Übergang des Personals etc. zu klären.

Die KiTa gGmbH drängt daher auf eine zeitnahe Entscheidung.

Der Ortsgemeinderat beschließt einstimmig, mit der KiTa gGmbH die beigefügte Vereinbarung zum 01.01.2017 abzuschließen.

Der Ortsbürgermeister wird beauftragt, die Vereinbarung in der vorliegenden Form zu unterzeichnen.

Die Vereinbarung ist Bestandteil des Beschlusses.

3 Mitteilungen

3.1 Zwangsversteigerungsverfahren

Der Vorsitzende teilt mit, dass am 27.04.2016 um 10.00 Uhr das Zwangsversteigerungsverfahren für die Gebäulichkeit „Eschbach 1“ am Amtsgericht Mayen stattfindet.

3.2 Neujahrsempfang am Nürburgring

Ortsbürgermeister Schäfer informiert über den stattgefundenen Neujahrsempfang am Nürburgring. Herr Schumacher hat hierzu die benachbarten Ortsbürgermeister eingeladen.

4 Einwohnerfragestunde

Die hier vorgebrachten Fragen werden zur Zufriedenheit der Einwohner beantwortet.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 21.15 Uhr.

Vorsitzender

Schriftführer